

AKTUELL

EU-TAXONOMIE

Vorerst ohne Dinosaurier

Joël Adami

Ein Teil der EU-Taxonomie für nachhaltige Finanzen ist seit Donnerstag rechtskräftig. Über die Aufnahme von Kernenergie und Gaskraftwerken wird weiterhin gestritten.

„Früher einmal haben Erwachsene den Kindern Märchen erzählt. Heute erklären Kinder und Jugendliche den Erwachsenen die Klimakrise und Erwachsene erzählen sich gegenseitig Märchen – zum Beispiel von grünem, nachhaltigem Gas.“ Das twitterte Reinhard Steurer, Professor für Klimapolitik an der Wiener Universität für Bodenkultur am vergangenen Mittwoch. Er kommentierte damit eine Protestaktion slowakischer Studierender gegen die Aufnahme von Erdgas in die EU-Taxonomie für nachhaltige Finanzen. Die Märchen, von denen Steurer spricht, werden in der EU von manchen immer noch für bare Münze genommen: Nicht wenige Staaten sind dafür, die Finanzierung von Erdgas-Infrastruktur als „nachhaltig“ zu labeln.

FOTO: © JOHANNA DE TESSIÈRES / GREENPEACE



Mit dem „Taxonosaurus“ setzte Greenpeace in Brüssel ein Zeichen gegen die Aufnahme von Kernkraft und Erdgas in die EU-Taxonomie für nachhaltige Finanzen.

Die EU-Taxonomie soll im Bereich der nachhaltigen Investitionen für Klarheit und Transparenz sorgen. Anleger*innen sollen durch nachvollziehbare Kriterien erkennen können, ob ein Finanzprodukt tatsächlich „grün“ ist oder nicht. So soll die Klimakrise auch an den Finanzmärkten eingedämmt werden. Seit dem 9. Dezember ist mit einem delegierten Rechtsakt eine erste Liste in Kraft. Darauf sind Kriterien beispielsweise für Bioenergie, Wasserkraft und Forstwirtschaft zu lesen. Eine endgültige Entscheidung zu Erdgas und Kernkraft gibt es noch nicht.

„Ich begrüße die Verabschiedung des delegierten Rechtsakts zum Klima! Es ist ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltige Finanzen. Sowohl Kernenergie als auch Gas sind nun von der EU-Taxonomie ausgeschlossen. Das sollte so bleiben, damit das Instrument glaubwürdig bleibt.“, freute sich der Luxemburger Energieminister Claude Turmes (Déi Gréng) am Donnerstagmorgen auf Twitter. Allerdings ist der Kampf um die Taxonomie noch nicht ausgestanden: Bis Ende des Jahres will die EU-Kommission einen Vorschlag für einen weiteren Rechtsakt vorlegen, in dem Atom und Gas enthalten sein könnten.

Chamber gegen Atomkraft in der Taxonomie

Bereits am 7. Dezember hatte die Umweltschutzorganisation Greenpeace in Brüssel gegen die mögliche Aufnahme von Gas- und Atomenergie in die Taxonomie demonstriert. Dazu stellten die Aktivist*innen einen vier Meter hohen Dinosaurier aus Almetall, den „Taxonosaurus“ vor den Sitz der Europäischen Kommission. Gas sei wie Kohle ein fossiler Brennstoff, und das Abfallproblem der Kernkraft sei seit 70 Jahren ungelöst, so die Umwelt-NGO.

Luxemburg hatte sich gemeinsam mit Österreich, Dänemark, Portugal und Deutschland während der COP26-Klimakonferenz gegen die Aufnahme von Kernkraft in die Taxonomie ausgesprochen. Diese Position wurde am 8. Dezember vom luxemburgischen Parlament bekräftigt. Ein Antrag von François Benoy (Déi Gréng), der die Regierung auffordert, sich gegen Kernkraft in der Taxonomie einzusetzen und nötigenfalls rechtliche Schritte einzuleiten, wurde einstimmig angenommen. Daran änderte auch der Schlagabtausch nichts, den der ADR-Abgeordnete Fernand Kartheiser sich in der vorausgegangenen Debatte mit Turmes zu den Mini-AKW's geliefert hatte und bei der er sich für Kernkraft aussprach.

Erdgas blieb in der Motion hingegen unerwähnt. Aus Gründen der politischen Aktualität – gemeint sind die französischen Vorstöße in Sachen Mini-Atomreaktoren – habe sich der Antrag auf die Kernkraft fokussiert, so dazu Benoy gegenüber der woxx.

SHORT NEWS

Ambulanz mit Blaulicht auch für Ungeimpfte

(is) – Wer nicht gegen Covid geimpft ist, dem wird der Transport im Krankenwagen verwehrt? Genau das soll einem Mann laut dessen Aussagen widerfahren sein, der sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen kann und im Zuge einer schweren Infektion mit dem Virus wegen Atemnot den Rettungsdienst herbeirief. Er wandte sich an die Partei ADR – die Abgeordneten Fernand Kartheiser und Jeff Engelen haken in einer parlamentarischen Anfrage bei der Gesundheitsministerin Paulette Lenert und der Innenministerin Taina Bofferding (LSAP) nach. Die dementieren entsprechende Anweisungen: Auch ungeimpfte Bürger*innen werden mit dem Krankenwagen transportiert. Seit Beginn der Pandemie müssen alle Patient*innen dabei eine chirurgische Maske tragen. Die Ministerinnen stellen außerdem klar: Ungeimpften wird der Zutritt ins Krankenhaus nicht verwehrt. In Krankenhäusern gilt laut aktuellem Covidgesetz die 3G-Regel (geimpft, genesen, getestet). Wer als Notfall und ohne die entsprechenden Nachweise in die Klinik eingeliefert wird, wird vom Personal vor Ort getestet. Menschen, die aufgrund einer Corona-Infektion behandelt werden müssen, werden generell separat betreut. Der Fall, den die ADR in ihrem Schreiben als Beispiel anführt, ist den Ministerinnen übrigens unbekannt.

Klimawandel, Systemwechsel und CO2-Steuer

(lm) – „Kann das Schlimmste noch verhindert werden? Wenn ja, was muss geschehen?“ Orientiert an solchen Fragen geht es um den Klimawandel, wenn am kommenden Montag die Meteorologin und Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb auf Einladung von Klimabündnis und Mouvement écologique via Zoom über Handlungsperspektiven referiert. Dabei wird sie sich sowohl mit technologischen Spielräumen als auch mit den Möglichkeiten eines Systemwechsels befassen. Auch auf die hochaktuelle Frage des Stellenwerts der CO2-Steuer wird die österreichische Wissenschaftlerin eingehen. Im November vergangenen Jahres war Kromp-Kolb bereits im woxx-Beitrag „Corona und Klima: Zwei Krisen, zwei Geschwindigkeiten“ ausgiebig zu Wort gekommen, was auch die Anregung für ihre Online-Einladung gab. Für die Veranstaltung ist eine Anmeldung (Tel. 439 301-1 oder inscription@meco.lu) erforderlich. Eine Simultanübersetzung auf Französisch ist vorgesehen. Details auf www.klimabuendnis.lu

Jugendparteien drängen zur Cannabislegalisierung

(ja) – Die drei Jugendorganisationen der Koalitionsparteien, Jonk Gréng, Jonk Demokraten und Jonk Sozialisten fordern die Luxemburger Regierung auf, ihre Drogenpolitik zu überdenken. Anstoß hierfür gab nicht etwa ein genialer Einfall der Jungpolitiker*innen nach einer gemeinsam konsumierten Tüte, sondern die neue Regierung in Deutschland. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FPD ist nämlich die Legalisierung von Cannabis als Genussmittel vorgesehen. In lizenzierten Geschäften soll die Droge im Nachbarland künftig an Erwachsene verkauft werden können. Die Luxemburger Regierung hatte ihrerseits im Oktober angekündigt, ähnlich geartete Pläne erst einmal auf Eis zu legen. Stattdessen soll der Besitz von Cannabis hierzulande bloß mit weniger harten Strafen belegt und der private Anbau von bis zu vier Pflanzen erlaubt werden. Den Jugendparteien zufolge gäbe es jetzt aber eine „historische Gelegenheit, gescheiterte Prohibitionspolitiken schrittweise in der gesamten Europäischen Union zu beenden“. Die Regierung solle sich deswegen möglichst bald mit ihren deutschen Kolleg*innen zusammensetzen, um eine gemeinsame Cannabispolitik abzustimmen.

Faire du bruit pour la démocratie... et la vaccination

Un mouvement spontané (#NousCitoyens) appelle à démontrer « par un geste citoyen, l'opposition aux violences, aux dégradations, aux attaques et aux intimidations » et invite samedi prochain, à midi pile, les automobilistes à klaxonner pendant 15 secondes ou plus et les autres à sortir des casseroles ou autres ustensiles pour faire du bruit. Le mouvement plaide « pour la vaccination de tous comme (hélas, seule) solution de sortie de crise ».